

Rechtsbrüche in Israel

Zu: „Ein Appell an meine deutschen Freunde“, FR-Meinung vom 24. Juli

Haben Sie Dank für Ihren Gastbeitrag von Amos Goldberg! Er rückt zurecht, was deutsche political correctness seit Jahren verbiegt. Wir deutschen Bürger dürfen, ja müssen Rechtsbrüche in Israel anprangern dürfen zusammen mit unseren demokratischen Freunden in Israel. Ein Ja zur Boykottbewegung BDS, soweit sie nicht das Existenzrecht Israels grundsätzlich infrage stellt, ist nicht per se antisemitisch, wie unser Bundestag in seiner Verblendung behauptet. Freie Meinung und freie Rede gegen die Apartheidspolitik Israels gegenüber den Palästinensern ist für uns, den Freunden Israels, legitim. Der Rufmord, Antisemit zu sein, wie an dem honorigen christlichen Sozialethiker Ulrich Duchrow (Universität Heidelberg) wegen seines Essays „Palästina/Israel, als Beispiel von kolonialistischem Kapitalismus in theologischer Perspektive“ (erste Fassung 2016 in der Evangelischen Verlagsanstalt, dort dann eingezogen und in der zweiten Fassung Stiftung Hirschler 2018) und an einem der renommiertesten deutschen Judaisten Peter Schäfer (Berlin) wegen seiner Führung des Jüdischen Museums gehören dringend revidiert.

G. Wilhelm Nebe, Heidelberg

Meinungsfreiheit wird geachtet

Ich gratuliere Ihnen und der FR-Redaktion, dass Sie es wagten, die den Bundestagsbeschluss zu BDS kritisierende Stellungnahme von Amos Goldberg abzudrucken. Ich freue mich, dass die FR, die ich seit 40 Jahren abonniere, gegen die beschämende Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs zur Unterdrückung der Kritik an Völkerrechtsverletzungen der Regierung(en) des Staates Israels nicht mitmacht und Artikel 5 des Grundgesetzes zur Meinungsfreiheit weiterhin achtet.

Ulrich Duchrow, Heidelberg

Diskussion: frblog.de/goldberg

Wenn die Küste erodiert

Zu: „Die Dünendiebe“, FR-Panorama vom 25. Juli

Etwa zehn Millionen Kubikmeter Sand in Marokko jedes Jahr illegal abgebaut. Um damit Hotels, Straßen und andere touristische Infrastruktur zu bauen! Die Warnung, wenn weiter so viel gebaut wird, werden die Strände, die größte natürliche Attraktion für Touristen, verschwinden, ist bekannt. Wer, bitteschön, bucht dann die Zimmer in diesen Hotelbauten an Steinlandschaften und erodierter Küste? Beate Lichtblau, Frankfurt

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht. Siehe frblog.de/lf-20190723



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Jan Christian Müller ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“, unter anderem mit Sandro Schwarz, Cheftrainer des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05.

11. August, 11 Uhr Sport1

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
19. September, 19.00 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Der Staat hat deutlichen Nachholbedarf

Wächtersbach: „Täter besaß sechs Waffen“, FR-Regional vom 24. Juli

Der rechte Wahnsinn findet im Netz statt

Im beschaulichen Wächtersbach schießt ein Mitglied des ortansässigen Schützenvereins einen Eritreer nieder und danach sich selbst. In der Dorfkneipe hatte er zuvor darüber gesprochen. Irrendwie hat das aber keinen so richtig nervös gemacht.

Wieder so ein Einzelfall. Wieder ein Rechter - bis an die Zähne bewaffnet - dem irgendwie die Gäule durchgegangen sind. Neben Reichsbürgern und anderen Paranoikern gibt es immer mehr, die ernst machen und die, die ihnen nicht passen, niederschießen. Geflüchtete oder Lokalpolitiker, Linke oder wer auch immer, alle stehen auf der Liste. Wie kommt das zustande? Was treibt solche Spinner um?

Ein Blick in rechte Online-Blasen offenbart ein Universum von Trollen, Bots und Realpersonen, die mit alternativen Fakten prahlen und Entrüstungsnebel versprühen, bis keiner mehr durchblickt. Es wird viel gefühlt und wenig nachgedacht, dafür laufend gelikt und retweetet. Wer sich lange genug von Google und Facebook auf die immer gleichen hasserfüllten Inhalte weiterleiten lässt, findet sich irgendwann in Migrations-Zombie-Apokalypsen wieder, die uns angeblich die „Jüdische Weltverschwörung“ eingebrockt hat. Und weit und breit keiner, der sich vom Keim der Vernunft infizieren lassen will. Der rechte Wahnsinn findet nicht auf der Straße statt, sondern im Netz. Die Wirkung ist erheblich. Der Zugang zu Waffen auch. Polizei und Verfassungsschutz wären da schon seit längerem gefordert. Aber die haben so ihre eigenen inneren Probleme.

Und wir? Hören wir ausreichend hin, wenn einer durchdreht? Widersprechen wir mit Nachdruck, wenn der Hass jodelt? Gut wäre das schon. Ohne Rückmeldung durch real existierende Menschen (zum Beispiel Kollegen, Kneipenbekannte, Familie, Nachbarn) gibt es kein Korrektiv zum Wahnsinn in den rechten Netzwerken. Dann heißt es am Ende nur: „It needs a good guy with a gun to kill a bad guy with a gun!“ Not my choice.

Susanne Alpers, Frankfurt

Bei rechter Gewalt wirkt der Staat sonderbar untätig

Wieder ein feiger, rassistischer Angriff auf das Leben eines Menschen. Und wieder die bekannten Reaktionen. Betroffenheit; Nein, so etwas darf es nicht geben. Der Ruf nach der Zivilgesellschaft. Alles wie gehabt, bis zum nächsten Mal. So richtig der Ruf nach der Zivilgesellschaft ist, so richtig wäre aber auch eine handfeste Reaktion des Staates, der Ermittlungsbehörden und der Justiz. Ich erinnere mich, wie es war, als vor gut 40 Jahren eine Gruppe mordend durch die Republik zogen: die RAF. Nach jedem Attentat, nach jeder Ankündigung fanden hunderte von Hausdurchsuchungen statt. Gerne bei Menschen, die zwar politisch aktiv waren, aber nichts mit der RAF zu tun hatten. Da wurden Druckgeräte beschlagnahmt, zerstört, nicht wieder herausgegeben. Da wurden Adresskartereien eingesammelt, schon gedruckte Flugblätter zu ganz anderen Themen mitgenommen und so deutlich gemacht: Wir - der Staat - haben euch im Visier! Da gab es eine Liste mit 3000 Namen, die irgendwie wohl in einem Zusammenhang mit der RAF standen - und es war nicht

lustig, auf dieser Liste zu stehen. Sie wurde bekannt, als sich zwei Mitglieder der Jungen Union beschwerten. Sie waren zufällig mal im selben Abteil wie ein beschattetes RAF-Mitglied. All dies führte dazu, dass sich die Attitüde der „Gewalt ist berechtigt“ ziemlich schnell auflöste und dass selbst die SPD kaum eine Stellungnahme mehr abgeben konnte, ohne sich im Vorfeld zu distanzieren. Dies geschah unter dem klaren Vorsitz, den „Sympathisanten-sumpf“ trockenzuliegen.

Geht es um rechte Gewalt, fehlt eine Reaktion des Staates fast vollständig. Es gab im Main-Kinzig-Kreis ein Netzwerk, das den damaligen Landrat mit Morddrohungen überzog. Es gibt in Büdingen die Hochburg der NPD. Was bitte hält den Staat davon ab, nach jedem Anschlag bekannte Rechtsradikale zu durchsuchen? Man könnte so herausbekommen, wer mit wem kommuniziert, wer welche verbotene Hassmusik besitzt und verbreitet, wer unter welchem Namen Hassposts absetzt, und es würde in dieser Szene deutlich, dass Handeln und Aufhetzen Konsequenzen hat. Hass ist keine Meinung. Er ist nicht durch das Grundgesetz geschützt.

Der Staat bleibt untätig. Und da zwingt sich mir ein schlimmer Verdacht auf: Im direkten Umfeld des NSU gab es über 20 vom Staat zum Teil sehr gut bezahlte V-Leute. Sollte das immer noch so sein, muss gegengesteuert werden. Und wo ist die Forderung nach Distanzierungen heute? Von der AfD kommt maximal laues Geschwätz.

Die Zivilgesellschaft ist da, im Kampf gegen rechts - aber der Staat hat deutlich Nachholbedarf. Christian Hendrichs, Romrod

Diskussion: frblog.de/waechtersbach

Terror gegen die Natur

Brasiliens Umweltpolitik: „Die Waffen der Schwachen“, 22. Juli 2019:

Die Franziskaner Brasiliens versuchen es mit Aufforstungsprogrammen, ebenso die Stiftung des frisch gewählten Friedenspreis des deutschen Buchhandels-Träger Sebastião Galgado; Antonia Melo kämpft gegen ein riesiges Staudammprojekt ebenso wie Bischof Erwin Kräutler. Die Holocaustüberlebende Claudia Andujar hat sich dem Schutz der Indigenen, speziell der Yamomami, verschrieben. Doch ist sie 89 Jahre alt, und ihre Kräfte schwinden. In einem Interview sprach sie von apokalyptischen Warnungen der Yamomamis, dass diese am Zustand der Wälder und Natur erkennen würden, dass es diesen Planeten nicht mehr lange geben werde, wenn nicht sofort Einhalt geboten werde. Sie alle und die im Artikel genannten und viele tausend andere eint, dass Zivilgesellschaft und Kirche Seit an Seit gehen und nicht tatenlos zuschauen.

Was können wir vom weit entfernten Deutschland aus tun? Außer Berichten und De-

monstrieren erst mal nichts. Es wird viel vom Klimawandel gesprochen, was alles getan werden soll, auf was wir verzichten sollen. Angesichts dieser Tragödie und dieses Terrors gegen die Natur sind wir hilflos. Heute bietet keiner mehr wie einst der Sänger Sting Regenwald zum Kauf an, um ihn zu schützen.

Die vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen könnten doch, anstatt vor der Haustür zu demonstrieren, mit kirchlichen Verbänden - die bieten das an! - nach Brasilien fahren und dort demonstrieren, vor dem Senat in der Hauptstadt Brasilia. Was Bolsonaro sagen würde, wenn hunderttausende Jugendliche aus Europa täglich vor dem Parlament demonstrieren? Er könnte nicht sagen, dass wäre nur ein brasilianisches Problem. Sie würden Andujar, Melo und Co. direkt unterstützen und würden gleichzeitig auch was fürs Leben lernen: Nur vor Ort kann man das Übel bei der Wurzel packen - mit friedlichen Mitteln! Thomas Fix, Frankfurt

Ältere haben es schwerer

Zu: „Weiterbildung für Langzeitarbeitslose“, FR-Wirtschaft vom 20.7.

Ältere arbeitslose Menschen, ab einem Alter von etwa 45 Jahren sind schwer vermittelbar. Ich kenne diese Problematik einerseits aus der Perspektive des Arbeitsvermittlers. Ich arbeite in der Arbeitsvermittlung bei Bildungsträgern. Dort erhält man in der Regel nur befristete Arbeitsverträge und so kenne ich Thematik bei mir selbst. Ein Arbeitsvermittler, der sich selbstständig gemacht hatte, zeigte mir Fragebögen, die er Arbeitgeber zum Ausfüllen gab. Die letzte Frage darauf war: „Würden Sie einen arbeitslosen Menschen im Alter über 49 Jahren bei sich im Betrieb anstellen?“ Alle beantworteten die letzte Frage mit Nein! So etwas darf nicht sein! Deswegen möchte ich vorschlagen, dass ähnlich wie bei Behinderten geregelt ein gewisser Prozentsatz der Belegschaft aus Arbeitnehmern älteren Jahrgangs sein muss!

Rüdiger C. Bergmann, Augsburg